

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 26. —

Inhalt: Zusatzartikel zur revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, S. 265. — Bekanntmachung der Ministerialerklärung zu dem zwischen den Rheinschiffahrtsbevollmächtigten von Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und der Niederlande in Mannheim am 18. September 1895 vereinbarten Zusatzartikel zur revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, betreffend die Gleichstellung der richterlichen Strafbefehle und polizeilichen Strafverfügungen mit den in den Artikeln 32 bis 40 der Rheinschiffahrtsakte erwähnten strafgerichtlichen Urtheilen und Erkenntnissen, S. 266. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Geilenkirchen, Heinsberg, Aidenau, Zell, Saarlouis, Wittburg, Daun, Prüm, Wadern, Weyweiler, Neumagen, Saarburg und Trier, S. 267. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urkunden etc., S. 268.

(Nr. 10014.) Zusatzartikel zur revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868. Vom 18. September 1895.

Nachdem über die Auslegung einiger Artikel der revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 Zweifel entstanden sind, haben sämmtliche Uferregierungen beschlossen, diese Zweifel durch ein im Anschlusse an das bei Zeichnung der erwähnten Akte abgefaßte Schlußprotokoll zu errichtendes Zusatzprotokoll zu beseitigen.

Zu diesem Zwecke haben sich die hierzu von ihren Regierungen beauftragten Rheinschiffahrtsbevollmächtigten, nämlich:

für Preußen:

der Geheime Ober-Regierungsrath Carl Gamp,

für Baden:

der Ministerialdirektor, Geheimrath Carl Schenkel,

für Bayern:

der Geheimrath Dr. Otto Freiherr v. Völderndorf und Waradein,

für Elsaß-Lothringen:

der Regierungsrath Johann Baptist Traut,

für Hessen:

der Geheimrath Carl v. Werner,

für Niederland:

der Inspekteur van den Waterstaat Wilhelmus François
Leemans,

heute daher im Sitzungssaale der Centralkommission für die Rheinschiffahrt versammelt und Folgendes vereinbart:

Zu den Artikeln 32 bis 40 der revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 wird festgestellt, daß die nach der Strafgesetzgebung der Uferstaaten ergehenden vollstreckbaren richterlichen Strafbefehle und polizeilichen Strafverfügungen den in obigen Artikeln der Rheinschiffahrtsakte erwähnten strafgerichtlichen Urtheilen und Erkenntnissen gleichstehen, vorausgesetzt, daß die Vollstreckbarkeit dieser Strafbefehle und Strafverfügungen erst nach Ablauf einer mindestens einwöchigen Frist nach der Zustellung an den mit der Strafe Belegten eintritt, und daß diesem die Möglichkeit gegeben ist, durch Erhebung eines Einspruchs binnen dieser Frist eine Verhandlung und Aburtheilung durch das Rheinschiffahrtsgericht im ordentlichen Strafverfahren herbeizuführen.

Diese Vereinbarung, von welcher eine Ausfertigung jedem der oben bezeichneten Bevollmächtigten mitgetheilt worden ist, tritt in Kraft, sobald sie von sämmtlichen theilnehmenden Regierungen ratifizirt worden ist.

So geschehen Mannheim, den 18. September 1895.

Gamp. Schenkel. Dr. Otto Freiherr v. Völderndorf und Waradein.
Traut. v. Werner. Leemans.

(Nr. 10015.) Bekanntmachung der Ministerialerklärung zu dem zwischen den Rheinschiffahrtsbevollmächtigten von Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und der Niederlande in Mannheim am 18. September 1895 vereinbarten Zusatzartikel zur revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, betreffend die Gleichstellung der richterlichen Strafbefehle und polizeilichen Strafverfügungen mit den in den Artikeln 32 bis 40 der Rheinschiffahrtsakte erwähnten strafgerichtlichen Urtheilen und Erkenntnissen. Vom 15. Juli 1898.

Der zwischen den Rheinschiffahrtsbevollmächtigten von Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und der Niederlande in Mannheim am 18. September 1895 vereinbarte Zusatzartikel zur revidirten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868, betreffend die Gleichstellung der richterlichen Strafbefehle und polizeilichen Strafverfügungen mit den in den Artikeln 32 bis 40 der Rhein-

schiffahrtsakte erwähnten strafgerichtlichen Urtheilen und Erkenntnissen, wird hiermit nach ertheilter landesherrlicher Genehmigung ratifizirt.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtige Ratifikations-Urkunde unter Beidrückung des Königlichen Insigels ausgefertigt worden.

Berlin, den 15. Januar 1898.

Der Königlich Preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

In Vertretung:

(L. S.)

v. Bülow.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen die Ratifikations-Urkunden der übrigen, an der Vereinbarung vom 18. September 1895 betheiligten Regierungen ausgewechselt worden ist, hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15. Juli 1898.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Im Auftrage:

v. Mühlberg.

(Nr. 10016.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Geilenkirchen, Heinsberg, Aldenau, Zell, Saarlouis, Wittburg, Daun, Prüm, Wabern, Mayweiler, Neumagen, Saarburg und Trier. Vom 18. Juli 1898.

Auf Grund des §. 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im §. 48 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlussfrist von sechs Monaten für die zum Bezirk des Amtsgerichts Geilenkirchen gehörige Gemeinde Immendorf,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Heinsberg gehörige Gemeinde Oberbruch,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Aldenau gehörigen Gemeinden Staffel und Zermüllen,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Zell gehörige Gemeinde Grenderich,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarlouis gehörigen Gemeinden Altforweiler und Werbeln,

(Nr. 10016.)

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Bittburg gehörigen Gemeinden Ann
und Hosten, Meckel und Scharfbillig,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Daun gehörigen Gemeinden Bowerath
(Boverath) und Weidenbach,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Prüm gehörigen Gemeinden Nieder-
mehlen, Obermehlen und Steinmehlen,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wadern gehörige Gemeinde Roswendel,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wagweiler gehörigen Gemeinden
Feuerscheid, Groß Kampen-Berg, Welchenhausen und Hechthalenfeld,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Neumagen gehörige Gemeinde
Merscheid,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarburg gehörige Gemeinde Lemmels,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Trier gehörigen Gemeinden Gitzem
und Hofweiler
am 15. August 1898 beginnen soll.
Berlin, den 18. Juli 1898.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357)
ist bekannt gemacht:

der Allerhöchste Erlass vom 20. Mai 1898, betreffend Genehmigung des
Regulativs über die fernere Ausgabe auf den Inhaber lautender Anleihe-
scheine der Rheinprovinz durch Vermittelung der Landesbank der Rhein-
provinz, durch die Amtsblätter

der Königl. Regierung zu Coblenz Nr. 26 S. 175, ausgegeben am
23. Juni 1898,

der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 25 S. 203, ausgegeben
am 25. Juni 1898,

der Königl. Regierung zu Köln Nr. 25 S. 247, ausgegeben am
22. Juni 1898,

der Königl. Regierung zu Trier Nr. 26 S. 280, ausgegeben am
1. Juli 1898,

der Königl. Regierung zu Aachen Nr. 25 S. 147, ausgegeben am
23. Juni 1898.